

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **SchBA/IX/03**

Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses der Gemeinde Rosendahl am 10.02.2016 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

### **Anwesend sind:**

#### Der Bürgermeister

Gottheil, Christoph

#### Der Ausschussvorsitzende

Steindorf, Ralf

#### Die Ausschussmitglieder

Böwing, Anna-Lena

Eilmann, Dirk

Fehmer, Alexandra

Fleige-Völker, Josefa

sachkundige Bürgerin

Kreutzfeldt, Brigitte

Lembeck, Guido

Mensing, Hartwig

Weber, Winfried

#### Die beratenden Mitglieder gem. § 85 Abs. 2 Schulgesetz

Lyding, Andrea

Rektorin der Antonius-  
Grundschule Darfeld

Middelberg, Thomas

Rektor der Sebastian-  
Grundschule Osterwick

#### Von der Verwaltung

Fuchs, Maria

Fachbereichsleiterin und  
Kämmerin

Croner, Wolfgang

Fachbereichsleiter

Paschert, Tobias

Produktverantwortlicher und  
Schriftführer

### **Es fehlen entschuldigt:**

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

20:55 Uhr

## Tagesordnung

### **1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)**

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

### **2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

#### **2.1 Umsetzung von Vorschlägen aus Ausschusssitzungen - Herr Weber**

Fraktionsvorsitzender Weber lobt die Verwaltung für die Umsetzung des in der Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses am 03.02.2016 durch die Ausschussmitglieder geäußerten Wunsches, die Produkte des jeweiligen Ausschusses in einem PDF-Dokument zusammengefasst zu erhalten.

### **3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Fachbereichsleiterin Fuchs berichtet über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Sitzung des Ausschusses am 17.09.2015.

Der Bericht wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

### **4 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift gemäß § 24 Abs. 5 GeschO**

Ausschussvorsitzender Steindorf fragt, ob es Einwendungen gegen die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses am 17. September 2015 gebe.

Da dieses nicht der Fall ist, fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die öffentliche Niederschrift über die Sitzung des Schul- und Bildungsausschusses SchBA/IX/01 am 17. September 2015 wird hiermit genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

## 5 Überprüfung der Umsetzung des Olfener Modells in der Gemeinde Rosendahl Vorlage: IX/322

Ausschussvorsitzender Steindorf verweist auf die Sitzungsvorlage IX/322 und erklärt, dass er kurz vor der Sitzung von der Verwaltung darüber informiert worden sei, dass die als Anlage zur Sitzungsvorlage beigefügte Berechnung korrigiert werden müsse.

Produktverantwortlicher Paschert erläutert, dass bei der Erstellung der Anlage leider nicht berücksichtigt worden sei, dass auch Sekundarschüler dienstags die Linien 692 und 693 für die Rückfahrt in die Außenbereich nutzen. Hierfür müssten dienstags je 2 zusätzliche Fahrzeuge für die Linien eingesetzt werden. Dies habe zur Folge, dass nicht 3, sondern 5 Busse auf- bzw. umgerüstet werden müssten. Daher sei die Berechnung hinsichtlich der erforderlichen Auszahlung für die Aufrüstung sowie der laufenden Aufwendungen korrigiert worden.

Die korrigierte Berechnung wird anschließend den Ausschussmitgliedern ausgehändigt. Sie ist diesem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Produktverantwortlicher Paschert erläutert anschließend die neue Berechnung.

Ausschussmitglied Herr Lembeck fragt nach, warum laut Sitzungsvorlage für die Sekundarschüler kein Einsparpotenzial vorhanden sei.

Fachbereichsleiterin Fuchs antwortet, dass diese Formulierung in der Sitzungsvorlage missverständlich formuliert sei. Tatsächlich sei gemeint gewesen, dass es im Bereich der Sekundarschule kein Einsparpotential für die Beförderung vom und zum Schulstandort Legden gebe, da die Busse hier auf direktem Wege führen. Sobald jedoch die Sekundarschüler mit den Linien 691 bis 693 in die Außenbereiche befördert würden, könnten auch für Sekundarschüler Einsparungen erwirtschaftet werden.

Ausschussmitglied Lembeck teilt mit, dass die CDU-Fraktion das Olfener Modell für eine zukunftsfrüchtige und vernünftige Investition halte. Investitionen kosteten nun einmal auch Geld. Wenn in der Zukunft gespart werden solle, müsse vorab investiert werden. Zusätzlich zu den in der Sitzungsvorlage aufgeführten Vorteilen müsse auch berücksichtigt werden, dass durch die Umsetzung des Olfener Modells auch das Wirtschaftswegenetz ein Stück weit entlastet werde, wenn nicht an jedem Schultag die gesamte Wegestrecke gefahren werde.

Fraktionsvorsitzender Mensing weist darauf hin, dass dieses Modell aufgrund der besonderen Situation speziell in Olfen ein Erfolg sei. Es sei aber nicht automatisch in jeder Kommune erfolgreich umsetzbar. Hierauf hätte Bürgermeister Himmelmann in der Sitzung im September 2015 auch deutlich hingewiesen. Bürgermeister Himmelmann habe in der Sitzung den Unterschied zwischen dem Olfener und dem Rosendahler Modell bereits erläutert.

Er persönlich erachte zusätzliche Kosten in Höhe von 7.000 € jährlich für zu hoch. Er sehe keine Einsparmöglichkeiten. Darüber hinaus bezweifle er, dass bereits alle Kosten in die Berechnung mit eingeflossen seien. Er frage sich, ob nicht noch Kosten für die Fahrkarten entstünden, wer die Fahrkartenbestellung übernehme und was passiere, wenn Schüler ihre Fahrkarten nicht dabei hätten.

Produktverantwortlicher Paschert antwortet, dass nach Erfahrungswerten der ZVM BUS keine Kosten für Fahrkarten entstehen, weil diese üblicherweise in den Kommunen von Sponsoren übernommen werden. Nach Auskunft der ZVM BUS seien die Kosten für die Fahrkarten auch nicht sehr hoch. Es sei bereits heute so, dass für jeden Schüler die Fahrkarte bei der RVM bestellt werden müsse, insofern sei nicht von einem erhöhten Verwaltungsaufwand auszugehen. Sollten Schüler ihre Fahrkarte ver-

gessen haben, könne der Busfahrer die Haltestellen manuell im Tablett eingeben, so dass diese dann in der Routenplanung mitberücksichtigt werden könnten.

Fraktionsvorsitzender Weber führt aus, dass er die ökologischen Vorteile durchaus sehe. Die dafür entstehenden Kosten seien jedoch zu hoch. Er verstehe nicht, dass so viel Aufwand für höhere Kosten betrieben werden solle.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass die Gemeinde nach der neuen Berechnung schon zunächst deutlich in Vorleistung treten müsse. Zudem sehe er auch die Ungewissheit, was die Kosten nach der mit 5 Jahren angenommenen Nutzungsdauer (Geräte sind danach voll abgeschrieben) angehe. Er wisse aus anderen Bereichen, dass z.B. eine Software jetzt aktuell sei, aber nach 5 Jahren schon nicht mehr dem Stand der Dinge entspreche und so ein Update oder Upgrade notwendig sei, welches sich der Entwickler meist gut bezahlen lasse.

Bürgermeister Gottheil regt an, dass man rein betriebswirtschaftlich über die Umsetzung des Modells nochmal nachdenken sollte. Die Zeit bis zum Erreichen der Gewinnschwelle sei nach den neuen Zahlen zu lang. Mit Blick auf die Zukunft solle man eher nach anderen Einsparpotentialen schauen.

Fraktionsvorsitzender Mensing weist darauf hin, dass die Gemeinde dazu verpflichtet sei, die Schulbuswege im Winter von Schnee und Eis zu befreien und zu streuen. Er frage sich, wie die Gemeinde dies gewährleisten könne, wenn für die Nachmittage keine genauen Linienfahrpläne feststehen und das Tablett eine Route vorschlage, welche nicht im Winterdienststreuplan erfasst sei.

Ausschussmitglied Lembeck äußert seine Auffassung, dass eine Optimierung der Schulbusse bzw. der Linienfahrpläne nötig sei. Wenn es Möglichkeiten gebe, Strecken einzusparen, dann solle man dies auch tun. Die Finanzen seien das eine, die verkürzten Fahrzeiten für die Schüler, die geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstöße sowie die Schonung der Wirtschaftswege jedoch das andere zu berücksichtigende Argument.

Auf die Nachfrage, ob es außerhalb der Ansätze des Olfener Modells noch weiteres Einsparpotential gebe, erklärt Fachbereichsleiterin Fuchs, dass man bereits heute regelmäßig prüfe, ob Haltestellen eingespart werden könnten. Wenn Haltestellen auf Dauer nicht mehr angefahren werden müssten und daher der Linienfahrplan geändert werden könne, dann müsse eine Linienänderung bei der Bezirksregierung beantragt werden, erklärt Fachbereichsleiterin Fuchs.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt berichtet, dass sie es auch nur so kenne, dass jährlich die Linienführung auf Einsparmöglichkeiten überprüft und dann gegebenenfalls ein Antrag an die Bezirksregierung gestellt werde.

Fraktionsvorsitzender Weber teilt mit, dass nach seiner Auffassung in dem Modell und der Berechnung noch zu viele Unsicherheiten steckten. Er schlägt vor, das Thema mit auf die Tagesordnung der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung zu nehmen.

Ausschussvorsitzender Steindorf weist darauf hin, dass sich die CDU-Fraktion auf die Fahne geschrieben habe, familienfreundlich zu sein. Auch die Wirtschaftswege seien immer schon Thema gewesen seien. Investitionen kosteten nun einmal Geld. Er könne sich aber dem Vorschlag vom Fraktionsvorsitzenden Weber durchaus anschließen, das Thema mit auf die Tagesordnung der nächsten Haupt- und Finanzausschusssitzung zu nehmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing teilt weiter mit, dass er mit einem örtlichen Busfahrer gesprochen habe, welcher täglich die Linien 691 bis 693 abfahre. Dieser Busfahrer habe erklärt, dass max. 5 Minuten eingespart werden könnten, wenn die Kinder immer auf direktem Wege nach Hause gefahren werden würden. Das Gespräch mit dem

Busfahrer sei sehr informativ gewesen. Die Busfahrer kennen die Kinder meist persönlich und wüssten genau, wo welches Kind hingefahren werden müsse. Hierfür benötigten die Busfahrer kein Laptop oder Navigationssystem. Das Problem heute sei, dass die Busfahrer sich strikt an den Linienfahrplan halten müssten und keine Abkürzungen fahren dürften.

Fachbereichsleiterin Fuchs erklärt daraufhin, dass die Berechnung der eingesparten Kilometer durch die ZVM BUS erfolgt sei und nicht von der Verwaltung berechnet worden sei. Die Verwaltung habe im Vorfeld alle Adressen der einzelnen Schüler georeferenziert der ZVM BUS zur Verfügung gestellt. Mit diesen Daten wurden die einzusparenden Kilometer dann von der ZVM BUS und der RVM errechnet.

Abschließend fasst der Ausschuss folgenden **Beschluss**:

Die Entscheidung über die Umsetzung des Olfener-Modells in Rosendahl wird vertagt bis zur Haupt- und Finanzausschusssitzung am 25. Februar 2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **6 Einrichtung einer Schule des Gemeinsamen Lernens gemäß § 20 Abs. 5 SchulG NRW an der Sebastian-Grundschule Osterwick** **Vorlage: IX/324**

Ausschussvorsitzender Steindorf verweist auf die Sitzungsvorlage IX/324.

Fachbereichsleiterin Fuchs verliest ergänzend zur Sitzungsvorlage die inzwischen vorliegende Stellungnahme der Nikolaus-Grundschule Holtwick vom 3. Februar 2016. Rektor Müller teilt hierin mit, dass durch die Schulrätin die Entscheidung für die Sebastian-Grundschule aufgrund der zentralen Lage sowie der Anzahl der derzeit im Gemeinsamen Unterricht geförderten Kinder begründet worden sei. Die Schulrätin habe versichert, dass die Festlegung auf die Sebastian-Grundschule keine Auswirkungen darauf habe, wo die Kinder gefördert werden. Er könne daher der Einrichtung einer Schule des Gemeinsamen Lernens an der Sebastian-Grundschule zustimmen.

Darüber hinaus berichtet Fachbereichsleiterin Fuchs, dass nach Auskunft von Schulrätin Grüter eine jetzige Entscheidung für die Einrichtung einer Schule des Gemeinsamen Lernens an der Sebastian-Grundschule Osterwick keine dauerhafte Entscheidung sein müsse. Wenn sich rechtliche Änderungen ergeben, könne über die Einrichtung an einer anderen Schule beraten werden.

Ausschussmitglied Lembeck erkundigt sich zunächst, ob ein Schulstandort technische Vorteile gegenüber anderen Schulstandorten habe. Er denke dabei an einen Aufzug oder ähnlichen Einrichtungen, welche eventuell an einer Schule bereits vorhanden seien, aber an einer anderen Schule noch eingerichtet werden müssten und so Kosten verursachen könnten.

Fachbereichsleiterin Fuchs und Bürgermeister Gottheil antworten, dass dies nicht der Fall sei. Es gehe bei der Einrichtung eines Standortes des Gemeinsamen Lernens auch nicht um körperbehinderte Schülerinnen oder Schüler, sondern um Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarfen z.B. in den Bereichen Lernen und geistige Entwicklung.

Rektor Middelberg weist darauf hin, dass an allen drei Grundschulen bereits seit Jahren gemeinsamer Unterricht durchgeführt werde. Die Bezirksregierung benötige aber auf dem Papier eine Schule als Standort für die Einrichtung des Gemeinsamen Lernens. Dies sei eine reine Benennung des Standortes, erklärt Rektor Middelberg, weil die Lehrerstellen zwar so nur an einer Grundschule vorgesehen seien, die anderen beiden Schulen aber über die Abordnung dieser Lehrkräfte unterstützt würden. Eltern könnten ihr Kind mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf also weiterhin an der Grundschule in ihrem Wohnort anmelden und jede Schule gemeinsamen Unterricht anbieten. Rektor Middelberg berichtet weiter, dass seitens des Schulamtes die Entscheidung für die Grundschule Osterwick als Standort des Gemeinsamen Lernens mit der geografischen Lage begründet worden sei.

Rektorin Lyding moniert, dass hier im Bereich der Inklusion ein Schritt rückwärtsgegangen werde. Im Hinblick auf die Einrichtung des Standortes an der Sebastian-Grundschule sei es momentan zwar weiter so, dass die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an jeder Schule gefördert werden könnten. Es könne aber genauso gut sein, dass sich dies zukünftig aus heute nicht erkennbaren Gründen ändere. Sie hätte es begrüßt, wenn die Antonius-Grundschule Darfeld als Standort ausgewählt worden wäre.

Fachbereichsleiterin Fuchs erklärt daraufhin nochmal, dass sie genau dies bei Schulfachleiterin Grüter nachgefragt habe. Sie habe die Auskunft erhalten, dass eine jetzige Entscheidung keine Dauerlösung sein müsse. Wenn rechtliche Änderungen kommen sollten, die diese heutige Entscheidung betreffen, könne man diese Entscheidung neu überdenken und ggf. neu beraten und entscheiden.

Fraktionsvorsitzender Mensing erklärt daraufhin, dass er auch erst den Standort Darfeld für die Einrichtung des Gemeinsamen Lernens favorisiert habe. Bei weiteren Überlegungen und beim Durchlesen des Schreibens vom Schulamt für den Kreis Coesfeld sei er dann aber doch zu dem Entschluss gekommen, dass es besser und sinnvoller sei, Osterwick als Standort auszuwählen. Osterwick sei zweizügig und habe mehr Lehrkräfte, begründet Fraktionsvorsitzender Mensing seine Meinung weiter.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärt, dass der mittlere Standort Osterwick allein wegen der geografischen Lage sinnvoll sei.

Ausschussvorsitzender Steindorf erklärt, dass die CDU-Fraktion auch über eine Stärkung des Schulstandortes Darfeld nachgedacht habe, aber letztendlich dadurch keine bessere Wirkung für den Schulalltag am Standort Darfeld erzielt werde.

Herr Steindorf schlägt vor, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abzustimmen.

Der Schul- und Bildungsausschuss fasst abschließend folgenden **Beschluss**:

Der dauerhaften Einrichtung der Sebastian-Grundschule Osterwick als Schule Gemeinsamen Lernens wird gemäß § 20 Abs. 5 SchulG NRW zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**7 Abschluss einer Vereinbarung mit den Kath. Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten in Rosendahl**  
**Vorlage: IX/329**

Ausschussvorsitzender Steindorf verweist auf die Sitzungsvorlage IX/329.

Ausschussmitglied Weber fragt an, ob es nicht möglich sei, dem Bistum den Vorschlag zu machen, den Berechnungsschlüssel für die Versorgung mit Kindergartenplätzen (aktuell ein Kita-Platz je 60 Katholiken) aufgrund des hohen Aufkommens an Flüchtlingen zu überdenken. Aus seiner Sicht solle die Kirche überlegen, ob sie hier nicht auch einen Beitrag leisten könne.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass in der vergangenen Woche unter Beteiligung des Kreisjugendamtes ein Gespräch mit allen Kita-Trägern stattgefunden habe und dass Ende nächster Woche ein weiteres Gespräch geplant sei. Er werde die Überlegungen und Gedanken von Herrn Weber dann mit in dieses Gespräch nehmen und das Thema ansprechen.

Weiter erklärt Herr Gottheil, dass von dem Gesamtbestand an Plätzen in den Tageseinrichtungen nach dem o.g. Schlüssel zurzeit 146 Plätze auf die kirchliche Grundversorgung entfallen. Tatsächlich biete die katholische Kirchengemeinde in der Addition aller drei Standorte aktuell sogar knapp 230 Kita-Plätze an.

Ausschussvorsitzender Steindorf erklärt, dass die Kirche auch außerhalb der frühkindlichen Bildung vorbildliche Arbeit in der Gemeinde leiste. Das sei auch aktuell bei der Hilfe für Flüchtlinge wieder zu sehen.

Ausschussmitglied Weber weist darauf hin, dass nie von dem Nutzen gesprochen werde, den der Träger einer Kindertageseinrichtung habe. Auch die Kirche werde einen Nutzen als Träger haben und könne deshalb motiviert sein, weitere Plätze anzubieten.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass es aus seiner Sicht sinnvoll sei, den Vertrag mit der Kirchengemeinde zu schließen. Er weist darauf hin, dass die Gemeinde bzw. das Kreisjugendamt sonst selbst dazu verpflichtet sei, Kindergartenplätze anzubieten, wenn private oder kirchliche Träger sich zurückzögen. Die Führung einer kommunalen Kindertagesstätte sei finanziell deutlich teurer als der Abschluss der in Rede stehenden Vereinbarung über die Zusatzplätze.

Ausschussvorsitzender Steindorf schlägt vor, über den Beschlussvorschlag der Verwaltung so abzustimmen.

Abschließend fasst der Schul- und Bildungsausschuss **folgende Beschlussempfehlung für den Rat:**

Die der Sitzungsvorlage Nr. IX/329 als **Anlage II** beigefügten Vereinbarung mit den

Katholischen Kirchengemeinden in der Gemeinde Rosendahl über die Finanzierung der Zusatzplätze in den Kath. Kindergärten für die Laufzeit vom 01.08.2016 bis 31.07.2017 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8 Haushaltsplan für das Jahr 2016**  
**Beratung der Produkte in der Zuständigkeit des Ausschusses**  
**Vorlage: IX/331**

Ausschussvorsitzender Steindorf verweist auf die Sitzungsvorlage IX/162.

Kämmerin Fuchs verteilt für alle Ausschussmitglieder die Änderungslisten zu den einzelnen Produkten.

Anschließend geht der Ausschuss die Produkte der Reihe nach durch.

**12 Grundschulen**

Kämmerin Fuchs verweist auf die soeben ausgeteilten Änderungsliste und erläutert die notwendigen Anpassung im Produkt 12 – Grundschulen.

Fragen der Ausschussmitglieder werden hierzu nicht gestellt.

**13 Sekundarschule**

Kämmerin Fuchs verweist auf die soeben ausgeteilte Änderungsliste und erläutert die notwendigen Anpassungen im Produkt 13 – Sekundarschule.

Fraktionsvorsitzender Weber fragt hinsichtlich der geplanten Neuanschaffung der Spülmaschine nach dem Alter der nunmehr defekten Spülmaschine.

Kämmerin Fuchs erklärt, dass sie sich nicht daran erinnern könne, dass für die Sekundarschule eine neue Spülmaschine angeschafft worden sei, seitdem sie bei der Gemeinde Rosendahl tätig sei, erklärt Kämmerin Fuchs.

Frau Fleige-Völker berichtet, dass die Spülmaschine schon alt gewesen sei und sicherlich auch nicht mehr dem heutigen Standard entsprechen dürfte. Allein der Hygiene wegen sei eine Neuanschaffung vermutlich schon notwendig.

Auch Frau Kreuzfeldt bestätigt, dass die Spülmaschine sicherlich schon 15 Jahre alt sei.

Es besteht Einvernehmen, dem Antrag so zuzustimmen.

Zu den Produkten

**14 Förderschulen**

**15 Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte**

Hierzu ergeben sich keine Änderungen und Wortmeldungen.

**17 Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger**

Kämmerin Fuchs verweist auf die soeben ausgeteilte Änderungsliste und erläutert die notwendige Anpassung im Produkt 17 – Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger.

Fragen von Ausschussmitgliedern werden nicht gestellt.



### **18 Volkshochschule und sonstige Weiterbildung**

Kämmerin Fuchs verweist auf die soeben ausgeteilte Änderungsliste und erläutert die notwendige Anpassung im Produkt 18 – Volkshochschule und sonstige Weiterbildung. Fragen der Ausschussmitglieder ergeben sich nicht.

### **46 Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

Kämmerin Fuchs verweist auf die soeben ausgeteilte Änderungsliste und erläutert die notwendigen Anpassungen im Produkt 46 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragt nach, was mit der Defizitabdeckung für das Kindergartenjahr 2015/16 sei.

Bürgermeister Gottheil erklärt, dass für das Kindergartenjahr 2015/16 noch kein diesbezüglicher Ratsbeschluss vorliegen würde. Daher seien hierfür noch keine Mittel veranschlagt worden. Er gehe im Moment davon aus, dass das Defizit 2015/16 geringer ausfallen werde als geplant, noch seien genaue Zahlen aber nicht bekannt.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragt, was mit dem Kreiszuschuss an den Träger des Waldkindergartens sei. Fraktionsvorsitzender Mensing erklärt, dass er im Kopf habe, dass an den Träger ein Zuschuss in Höhe von 5.000 € gezahlt wurde.

Bürgermeister Gottheil und Kämmerin Fuchs erklären, dass sie von einem Zuschuss nichts wüssten. Herr Gottheil erklärt, dass der Frage nachgegangen werde.

Abschließend fasst der Schul- und Bildungsausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat**:

Die im Entwurf des Haushaltes 2016 enthaltenen Teilergebnispläne für die Produkte

12	Grundschulen
13	Sekundarschule
14	Förderschulen
15	Zentrale Leistungen für Schüler und am Schulleben Beteiligte
17	Musikschule und sonstige musikpädagogische Bildungsträger
18	Volkshochschule und sonstige Weiterbildung
46	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung

werden dem Rat unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen sowie unter Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernissen zur Beschlussfassung im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltes 2016 empfohlen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

## **9 Mitteilungen der Verwaltung**

### 9.1 Schülerzahlen der Sekundarschule Legden Rosendahl zum Stichtag 15.10.2015 – Fachbereichsleiterin Frau Fuchs

Fachbereichsleiterin Fuchs informiert über die Schülerzahlen der Sekundarschule Legden Rosendahl zum Stichtag 15.10.2015.

Demnach waren zum Stand 15.10.2015 insgesamt 545 Schülerinnen und Schüler an der Sekundarschule Legden Rosendahl angemeldet. Zum Stichtag 15.10.2014 waren es 533 Schülerinnen und Schüler.

Die Schülerinnen und Schüler teilen sich wie folgt auf:

<b>Jahrgang</b> <b>5</b>	<b>Jahrgang</b> <b>6</b>	<b>Jahrgang</b> <b>7</b>	<b>Jahrgang</b> <b>8</b>	<b>Jahrgang</b> <b>9</b>	<b>Jahrgang</b> <b>10</b>	<b>Summe</b>
91	65	85	102	98	104	545

Von den 545 Schülerinnen und Schülern kommen 314 aus Rosendahl (= 57,61 %) und 231 aus Legden (= 42,39 %).

### 9.2 Schülerzahlen der Rosendahler Grundschulen zum Stichtag 15.10.2015 – Fachbereichsleiterin Frau Fuchs

Fachbereichsleiterin Fuchs informiert über die Schülerzahlen der Rosendahler Grundschulen zum Stichtag 15.10.2015.

Demnach waren zum Stand 15.10.2015 insgesamt 434 Schülerinnen und Schüler an den Rosendahler Grundschulen angemeldet. Am 15.10.2014 waren es noch 431 Schülerinnen und Schüler gewesen.

Die Schülerinnen und Schüler teilen sich wie folgt auf die einzelnen Schulen und Jahrgänge auf:

<b>Schule</b>	<b>Jahrgang</b> <b>1</b>	<b>Jahrgang</b> <b>2</b>	<b>Jahrgang</b> <b>3</b>	<b>Jahrgang</b> <b>4</b>	<b>Schüler-</b> <b>zahl ge-</b> <b>gesamt</b>	<b>Klassen</b> <b>gesamt</b>
Ant.GS Da.	18	24	27	33	102	5
Seb.GS Os.	44	39	39	51	173	8
Nik.GS Ho.	39	41	41	38	159	8
<b>Summe</b>	<b>94</b>	<b>107</b>	<b>121</b>	<b>109</b>	<b>434</b>	<b>21</b>

Für das Schuljahr 2016/17 liegen 23 Anmeldungen für die Antonius-Grundschule Darfeld, 41 Anmeldungen für die Sebastian-Grundschule Osterwick und 38 Anmeldungen für die Nikolaus-Grundschule Holtwick vor. Insgesamt sind somit für das kommende Schuljahr 102 Schülerinnen und Schüler für den Jahrgang 1 angemeldet und somit 8 mehr als zum Schuljahr 2015/16.

### 9.3 Kommunale Klassenrichtzahl – Fachbereichsleiterin Frau Fuchs

Fachbereichsleiterin Fuchs teilt mit, dass zum Stichtag 15.01.2016 dem Schulamt des Kreises Coesfeld die voraussichtliche Eingangs-Klassenbildung für die Rosendahler Grundschulen zum Schuljahr 2016/17 gemeldet werden musste.

Für die Ermittlung der kommunalen Klassenrichtzahl werde die Schülerzahl der zu bildenden Eingangsklassen einer Kommune durch 23 geteilt. Die voraussichtliche Schülerzahl der zu bildenden Eingangsklassen für das Schuljahr 2016/17 habe zum Stichtag 15.01.2016 bei insgesamt 123 Schülerinnen und Schüler gelegen. Da die Gemeinde Rosendahl als kleiner Schulträger bei einem Quotient größer 5 auf die nächste volle Zahl aufrunden könne, könnten somit auch im nächsten Jahr wie benötigt 6 Klassen (je Schulstandort zwei) gebildet werden.

#### **9.4 Ergebnis der Abfrage zu den Stundenumfängen von Schulsekretärinnen und Schulhausmeistern – Fachbereichsleiterin Frau Fuchs**

Fachbereichsleiterin Fuchs verweist auf eine Anfrage in der letzten Schul- und Bildungsausschusssitzung vom 17. September 2015 zum Thema ‚Stundenumfang der Schulsekretärinnen und Schulhausmeister‘.

Fraktionsvorsitzender Mensing habe seinerzeit vorgeschlagen, einen Vergleich mit anderen Kommunen im Umkreis durchzuführen, um zu sehen, wo die Gemeinde Rosendahl im Vergleich mit diesen Kommunen stehe.

Zwischenzeitlich seien unterschiedlichen Berechnungsmodelle von den Städten Krefeld, Syke, Coesfeld und Dülmen eingeholt worden. Hierbei sei festgestellt worden, dass bei den Berechnungsmodellen jeweils unterschiedliche Einflussfaktoren eine Rolle spielten, z.B. Schülerzahl gesamt, Anzahl der Förderschüler oder/ und der Migrantenkinder bzw. auch, ob die Schule eine Offene Ganztagsgrundschule ist. Insofern seien die Beschäftigungsumfänge nicht immer vergleichbar.

Die unterschiedlichen Modelle seien anschließend auf die Rosendahler Verhältnisse umgerechnet worden und so ein Stundenumfang berechnet worden. Bei Anwendung der Berechnungsmodelle der Städte Krefeld, Syke und Dülmen sei festzustellen, dass die Sekretärinnen der Rosendahler Grundschulen derzeit einen zu geringen Stundenumfang hätten. Nach dem Modell der Stadt Coesfeld sei hingegen der Stundenumfang sogar noch zu hoch.

Weiter erklärt Fachbereichsleiterin Fuchs, dass der Stundenumfang ebenfalls noch mit dem Stundenumfang der Schulsekretärinnen umliegender Kommunen (Stadt Billerbeck, Stadt Horstmar und Gemeinde Legden) verglichen worden sei, welche die Stundenumfänge nach Bedarf festlegten, ohne ein bestimmtes Berechnungsmodell zu verwenden. Hier sei es so, dass in Legden und Horstmar die Sekretärinnen mehr und in Billerbeck weniger Stunden als die Sekretärinnen in Rosendahl zur Verfügung hätten.

Fachbereichsleiterin Fuchs erläutert weiter, dass auch die Aufgabenbereiche der Schulsekretärinnen bei den Kommunen abgefragt worden seien. Hier sei festzustellen, dass es durchaus gravierende Unterschiede hinsichtlich der Aufgaben gebe. Insofern sei ein einfacher Vergleich der Stunden nicht aussagekräftig.

Zu den Stundenumfängen der Hausmeister teilt Fachbereichsleiterin Fuchs mit, dass in fast allen umliegenden Grundschulen bis auf wenige Ausnahmen je Schule ein Hausmeister in Vollzeit arbeiten würde.

Herr Gottheil erklärt, dass man sich verwaltungsseitig mit dem Thema ‚Stundenumfänge Schulsekretärinnen und Hausmeister‘ in den nächsten Wochen auseinander setzen

werde. Im Stellenplan der Gemeinde sei bereits eine zusätzliche Hausmeisterstelle vorgesehen. Dieser Hausmeister solle zunächst vorrangig für die Flüchtlingsunterkünfte zuständig sein.

Ausschussvorsitzender Steindorf erklärt, dass es von der Politik aus einen Antrag auf Erhöhung des Stundenumfangs der Schulsekretärinnen geben werde. Der Schul- und Bildungsausschuss habe über die Stundenumfänge mit zu entscheiden.

Bürgermeister Gottheil weist darauf hin, dass in diesem Fall im Haupt- und Finanzausschuss eine Anpassung des Stellenplans 2016 vorgenommen werden müsse, wenn der Stundenumfang sich ändern solle.

### **9.5 Schulbusverkehr auf Wirtschaftswegen in der Bauernschaft Höven – Anfrage Herr Frieling in der PLBUA-Sitzung vom 19.11.2015**

Fachbereichsleiterin Fuchs verweist auf eine Anfrage aus der der Planungs-, Bau- und Umweltausschusssitzung am 19.11.2015 zur aktuellen Linienführung der Linie 692.

Sie erläutert, dass der Schulbus der Linie 692 seit dem 8. Januar 2014 die Schleife Varlar/Höven in umgekehrter Richtung abfahre, damit die nach dem Fahrplanwechsel vom 8.1.2014 neu eingerichtete Haltestelle Dorfbauerschaft 61 an der L577 so angefahren werde, dass die Kinder die viel befahrene Landstraße nicht queren müssten. Dies habe jedoch zur Folge gehabt, dass die Haltestelle Weuler nicht mehr ‚richtig herum‘ angefahren werden können.

Bei einem gemeinsamen Ortstermin am 04.03.2014 mit der Kreispolizeibehörde, dem Straßenverkehrsamt des Kreis Coesfeld, der RVM und der Firma Reinersmann seien verschiedene Möglichkeiten diskutiert worden, wie man den Linienplan so ändern könne, dass die Haltestelle Weuler wieder anders herum bedient werden könne. Es seien hier gemeinsam verschiedene Alternativen überlegt worden, z.B. die Einrichtung einer neuen Haltestelle mit Überquerung der im Vergleich zur L577 weniger befahrenen K32 an einer auch für die Kinder gut zu überschauenden Stelle.

Letztlich habe man sich in Abstimmung mit allen Beteiligten jedoch dafür entschieden, dass der Bus die Schleife über die Wege Uhland- und Strootweg fahren solle. Dies habe den Vorteil gehabt, dass keine neue Haltestelle eingerichtet werden musste und dass eine Querung der K322 nicht erforderlich ist. Seitens der Fa. Reinersmann seien die Wirtschaftswegen seinerzeit als ausreichend gut ausgebaut bezeichnet worden. Lediglich der Winterdienst habe durch den Bauhof gewährleistet werden müssen. Dies sei geschehen.

Nach der vorgenannten Anfrage im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss sei Kontakt mit der Fa. Reinersmann aufgenommen worden. Hier sei bestätigt worden, dass der Wirtschaftsweg schon sehr schmal und insbesondere im Winter bei entsprechender Witterung nicht optimal zu befahren sei.

Daraufhin habe die Verwaltung sich um eine andere Lösung bemüht. Nach entsprechender Kontaktaufnahme mit der Fa. Scharlau fahre der Bus nun nach Rücksprache mit den betroffenen Eltern testweise seit dem 19.01.2016 eine Schleife um die Firma herum. So könnten die Kinder jetzt ‚auf der richtigen Seite‘ am Radweg aussteigen. Bis heute laufe diese Lösung reibungslos.

**10 Mitteilungen der Schulleitungen**

Mitteilungen der Schulleitungen liegen nicht vor.

**11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)**

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

gez. Ralf Steindorf  
Ausschussvorsitzende/r

gez. Tobias Paschert  
Schriftführer/in